

Zeitstrahl zur Schulstandortentwicklung

März 2007

Gründung des Arbeitskreises Schulentwicklung in Gleichen. Bestehend aus vier von den politischen Fraktionen benannten Personen, zwei Vertretern des Schulelternrates, zwei Schulleiterinnen, dem Bürgermeister, und der Hauptamtsleiterin. Die Moderation erfolgte extern durch Frau Wolf.

Der Arbeitskreis bestand ein Jahr. Dort wurde festgestellt, dass die unterschiedlichen pädagogischen Ansätze ohne großen Aufwand in allen 5 Schulen realisiert werden können. Eine Beurteilung auf dieser Ebene war nicht zielführend und wurde verworfen. Die wiederholt aus dem Arbeitskreis gestellte Frage nach den Kosten wurde seitens der Verwaltung vorerst nicht bedient.

April 2008

Die Ergebnisse des Arbeitskreises sollten als Grundlage für eine politische Entscheidung des Gemeinderates dienen. Daher gab es zunächst ein gemeinsames Treffen zwischen dem Gemeinderat und dem Arbeitskreis, in dem die Moderatorin Frau Wolf drei mögliche Lösungsansätze vorstellte:

- 1) Eine zentrale Schule als Neubau für ganz Gleichen
- 2) 3 + 1 Variante: Bremke vorerst weiterführen u. Reinhausen u. Diemarden fusionieren
- 3) Bremke sofort Kerstlingerode zuschlagen u. Reinhausen und Diemarden fusionieren

Ebenfalls im April besichtigte die CDU-Fraktion alle fünf Grundschulstandorte in Gleichen. In einem interfraktionellen Gespräch wurde den Politikern dann die Notwendigkeit von Brandschutzauflagen durch den Bürgermeister mitgeteilt. Eine schnelle Entscheidung, hätte evtl. Einsparungen zur Folge. Die Verwaltung wurde dann zunächst beauftragt folgende Punkte zu klären:

- A) Die laufenden Kosten der Schulen
- B) Den Investitionsstau an allen Standorten
- C) Die Abfrage der groben Neubaukosten beim Städte- und Gemeindebund

Nun begann in den Dörfern mit Grundschulstandorten eine gewisse Dynamik, die gewaltige kreative Potentiale freisetzte. Es wurden Bettlaken aufgehängt, Darstellungen der Aktivitäten an den einzelnen Standorten aufgestellt und jede Menge Briefe geschrieben. Lediglich seitens der Gemeindeverwaltung wurde erst einmal Ruhe ausgestrahlt. Zum Jahresende 2008 wurden die von den Fraktionen angeforderten Zahlen geliefert:

- ca. 312 TSD Euro Brandschutzmaßnahmen und 1,5 MIO Euro Investitionsstau

Die Neubaukosten wären lt. Schätzung die teuerste Variante gewesen. Die Berechnungen zum Investitionsstau waren derart pauschal, dass aus Sicht der CDU/F.D.P. Gruppe keine Zusammenlegung aus Kostengesichtspunkten nötig war. Ein neues Dach, die komplette Außenwanddämmung und energetische Sanierung sind zwar schön, aber nicht zwingend.

Januar 2009

Die CDU/F.D.P.-Gruppe fordert die Verwaltung auf, schnellstmöglich Mittel aus dem Konjunkturpaket zu beantragen, um die Erneuerung von Heizungsanlagen zu erreichen. Hierdurch hätten die Kosten des Betriebes gesenkt werden können. Leider wurden detaillierte Betriebskosten bisher von der Gemeindeverwaltung nicht geliefert. Diese könne doch jeder Ratsherr im Haushaltsplan nachschlagen, hieß es damals.

März 2009

Die CDU/F.D.P.-Gruppe spricht sich für den Erhalt aller fünf Schulstandorte aus.

In einer Infoveranstaltung in der Turnhalle in Reinhausen stellt Herr Proch die bisherigen Informationen der Öffentlichkeit vor. Am 17. März **beantragt die SPD** für die anstehenden Sitzungen des Ausschusses Schulen und Kindertagesstätten sowie des Gemeinderates:

- Schulschließung Bremke und Zuordnung nach Kerstlingerode
- Zusammenlegung Reinhausen und Diemarden
- Start ab 2012

(Radolfshausen bricht laut Information des Tageblattes die Diskussionen zum gleichen Thema ab und verschiebt die Entscheidung in die nächste Wahlperiode.)

Auf der Gemeinderatssitzung am 30. März schlägt die CDU/F.D.P.-Gruppe zur Festigung Ihres Wunsches der Beibehaltung von allen fünf Standorten (solange es geht !) ein Filialschulsystem vor, wie es z.B. auch in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wird. Als Beispiel wird die Partnergemeinde von Sattenhausen angeführt. Dieses wurde jedoch von unseren politischen Wettbewerbern sowie diversen Lehrern der Schulen vehement abgelehnt. Keiner der von den vier Fraktionen gestellten Anträge bekam eine Mehrheit.

Mai 2009

Der Schulelternrat fordert schriftlich eine Entscheidung vom Gemeinderat bis spätestens Ende 2009. Eine Umsetzung sollte frühestens im Schuljahr 2012/13 beginnen.

Von Mai bis September gibt es mehrere Gesprächstermine zwischen SPD und CDU/F.D.P.. Leider kommt es nicht zu einem Kompromiss, da sämtliche Vorschläge der CDU/F.D.P. (z.B. Aufteilung in Klassen 1+2 und 3+4 auf zwei Standorte wie in Krebeck/Bodensee oder der Ausgleich nach dem ein Dorf den Kindergarten und das andere die Schule bekommt) von der SPD abgelehnt werden. Diese beharren darauf, dass Reinhausen alles behalten darf und die anderen Dörfer abzugeben haben. Auf den Status Unterzentrum und Argumente wie die Fahrtrichtung nach Göttingen wird an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich verwiesen.

September 2009

Auf Anregung der CDU/F.D.P.-Gruppe soll es ein Treffen geben, in das alle Gemeinderatsmitglieder einbezogen werden (Die SPD war bisher nicht bereit mit allen Fraktionen zu sprechen). Frau Diebel-Geries macht den Vorschlag, dieses durch eine externe Person (Herr Prof. Veith) moderieren zu lassen.

Parallel gründet sich in Bremke eine Gruppe von Eltern, die eine Podiumsdiskussion in Gelliehausen veranstaltet. Hier stellt sich auch Herr Prof. Veith kurz vor. Aus dieser Gruppe, erweitert um einige Elternvertreter aus Reinhausen, entsteht die Planung zu einer Zukunftswerkstatt im Waldschlösschen.

Im November wird dem Gemeinderat vom Bürgermeister mitgeteilt, dass der Landkreis Göttingen jetzt massiv Druck macht, dass die Brandschutzmaßnahmen an allen fünf Schulen zeitnah umzusetzen sind. Dafür sollen die kompletten Pauschalmittel des Konjunkturpakets II aufgebraucht werden. Auf Antrag der CDU/F.D.P.-Gruppe wird im Nachtragshaushaltsplan lediglich erst einmal der erste Rettungsweg aus diesen Mitteln veranschlagt. Der zweite Rettungsweg soll erst entschieden werden, wenn es soweit ist. Sollten sich dann bereits Entscheidungen abzeichnen, ist es besser an den betroffenen Standorten den zweiten Rettungsweg aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren, um einer Rückzahlung wegen Nutzung unter 20 Jahren zu entgehen.

Dezember 2009

Nachdem der Verdacht aufgekommen ist, die SPD wolle über großzügige Auslegung der Investitionen zum Brandschutz neue Fakten zum Erhalt des Standortes Reinhausen schaffen, gab es in der Gemeinderatssitzung einen Antrag der Grünen vorerst nur für wirklich benötigte Räume die Brandschutzauflagen zu erfüllen. Dieser wurde von der CDU/F.D.P.-Gruppe unterstützt. Da es jedoch in der Dezemberratssitzung Nachfragen durch Eltern und schwammig formulierte Äußerungen seitens der SPD gab, verfasste die CDU/F.D.P.-Gruppe einen offenen Brief zum Thema Brandschutz.

Januar 2010

Da unser Brief zum Thema Brandschutz auf die Tagesordnung der VA-Sitzung kam, wurden mit den Fraktionen der GRÜNEN und der BSP Gespräche geführt.

Am 15. Januar tagte der Gemeinderat erneut in Klausur. Nachdem beim ersten Klausurtermin nur allgemein die Gesamtzahl der Schüler in Gleichen und eine rechnerische Anzahl von Standorten Beratungsgegenstand waren, wurde nun versucht mit einzelnen Kriterien die Standorte zu bewerten. Klassengröße, Bewirtschaftungskosten, Unterhaltungskosten, Nutzungspotential, Integration und Investitionskosten wurden je Schüler und auch je Quadratmeter betrachtet. Es wurde versucht, diese zu gewichten und auszuwerten. Hierbei ging es zum Teil zu wie auf einem Basar. Wer am energischsten oder lautesten war, hatte gute Chancen mit seinem Wert in das Protokoll zu gelangen.

Aus den Ergebnissen leitete Herr Prof. Veith den Vorschlag ab, zunächst eine Fusion zwischen Diemarden und Reinhausen durchzuführen. Da sich die Schulen aus seiner Sicht demografisch, ökonomisch und pädagogisch in einer vergleichbaren Lage befänden, müsse die Entscheidung wohl im politischen Rahmen getroffen werden. Für Bremke schlägt er eine perspektivische Zusammenarbeit mit Kerstlingerode vor. Es wurde verabredet, den Vorschlag von Herrn Prof. Veith in den politischen Fraktionen zu beraten und die Ergebnisse in einem weiteren Klausurtermin am 9. Februar als Diskussionsgrundlage heranzuziehen.

Daraufhin wurden Gespräche zwischen CDU/F.D.P., den Grünen und der BSP geführt und nach Abwägung der Argumente in einer gemeinsamen Fraktionssitzung am 8. Februar der Entwurf eines Antrages erstellt.

Februar 2010

Dieser Antrag wurde dann am Nachmittag des 9. Februar der SPD zur Kenntnis gebracht, mit der Bitte, diesen abends bei dem Klausurtermin gemeinsam zu besprechen und ggfs. die SPD als vierte Fraktion in den Kreis der Antragssteller aufzunehmen. Leider war die SPD nicht Willens sich inhaltlich zu beteiligen und hat sich den ganzen Abend darauf zurückgezogen den Antragsvorbereitern Vorwürfe zu machen. Man konnte sich dann darauf verständigen, dass der Bürgermeister wenigstens noch allen anwesenden Ratsmitgliedern jene Unterlagen erläutert, die auf Antrag der Grünen zur nächsten VA-Sitzung erstellt wurden. Erstaunlicherweise gab es schon wieder andere Zahlen. Zum Ende der Veranstaltung hat Herr Prof. Veith seine persönliche Meinung geäußert, nach der Reinhausen einen kleinen Vorteil gegenüber Diemarden hätte. Es wurde vereinbart, dass Herr Prof. Veith noch ein Protokoll erstellt, über dessen Verwendung im VA entschieden werden soll.

Zwischen den Antragsvorbereitern wurde vereinbart, zunächst die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt am 14. Februar abzuwarten und dann noch einmal zusammenzukommen. Die gemeinsame Beratung fand dann am 23. Februar statt. Am Ende stand der Antrag, welcher am 24. Februar der Gemeindeverwaltung per E-Mail zugesandt wurde. Am gleichen Tag wurden die Elternvertreter der Schulen und Kindertagesstätten von uns zu einem Informationsgespräch für den 4. März eingeladen.

März 2010

Ebenfalls am 24. Februar erreichte uns das Protokoll von Herrn Prof. Veith über die Klausur vom 9. Februar. Leider enthielt dieses keinerlei Hinweise, dass es sich bei dem Vorschlag lediglich um seine persönliche Meinung gehandelt hatte und es war ähnlich einem Gutachten, mit der Empfehlung für Reinhausen, aufgebaut. Weiterhin wurden von der Verwaltung mit der Taschenpost die Anträge der SPD zur Einrichtung eines Arbeitskreises und zur Beauftragung eines Gutachtens zwischen den drei Optionen:

Reinhausen, Diemarden oder Neubau.

In der Vergangenheit wurde jedoch auch von der SPD ein teures Gutachten stets abgelehnt.

(Seulingen und Seeburg kündigen lt. Bericht im GT an, nun doch schon zeitnah einen Schulverbund eingehen zu wollen. Verfahren analog unseres Vorschlags zur Filialschule von März 2009)

Nun gehen sämtliche Anträge zur Beratung in den Ausschuss Schulen und Kindertagesstätten (17. März) und anschließend in den Gemeinderat (26. April).

gez. Dietmar Müller